

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 327 – 27. März 2026

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz hat eine echte Zäsur gebracht. Nach 35 Jahren ist es der CDU gelungen, wieder stärkste Kraft in unserem Bundesland zu werden.

Dieses Ergebnis ist ein starkes Signal für einen politischen Neuanfang in Rheinland-Pfalz. Viele Bürgerinnen und Bürger haben deutlich gemacht, dass sie nach Jahrzehnten SPD-geführter Landespolitik einen Wechsel wollen. Sie erwarten zu Recht neue Impulse, mehr Dynamik und eine Politik, die die Lebenswirklichkeit der Menschen wieder stärker in den Blick nimmt. Genau darin liegt nun der Auftrag für die kommenden Jahre.

Der Wahlerfolg der CDU zeigt sich auch ganz konkret in unserer Region: Im Wahlkreis Bitburg-Prüm konnte Michael Ludwig für die CDU das Direktmandat zurückgewinnen. Auch das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass viele Menschen einen politischen Wechsel wollen.

Besonders freue ich mich darüber auch aus persönlicher Sicht. Mit Gordon Schnieder stand ein Spitzenkandidat an der Spitze, der unser Land, seine Regionen und die kommunale Praxis genau kennt. Er war Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz und Oppositionsführer im Landtag. Umso mehr freut es mich, dass er diesen Weg mit großer Geschlossenheit, klarer Haltung und spürbarer Bodenständigkeit zum Erfolg geführt hat.

Der Wahlausgang ist für mich deshalb weit mehr als ein parteipolitischer Erfolg. Er ist ein Zeichen dafür, dass Verlässlichkeit, Sachorientierung und Nähe zu den Menschen auch heute überzeugen können. Rheinland-Pfalz hat jetzt die Chance auf einen echten Aufbruch. Ich bin überzeugt, dass Gordon Schnieder und die CDU Rheinland-Pfalz diese Chance verantwortungsvoll nutzen werden.

Auch in Berlin wurden in dieser Woche wichtige Entscheidungen getroffen. In diesem Newsletter geht es um das Kraftstoffmaßnahmenpaket, um intelligente Verkehrssysteme und um die beschleunigte Anerkennung ausländischer Fachkräfte im Gesundheitswesen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Mehr Transparenz an der Zapfsäule und schärfere Eingriffe gegen überhöhte Preise

Bundestag hat Kraftstoffmaßnahmenpaket beschlossen

Die stark gestiegenen Kraftstoffpreise haben in den vergangenen Wochen viele Menschen und Betriebe erheblich belastet. Gerade im ländlichen Raum ist das Auto für viele kein Luxus, sondern Voraussetzung für den Weg zur Arbeit, für Arztbesuche, Einkäufe oder die Betreuung der Familie. Der Deutsche Bundestag hat deshalb in dieser Sitzungswoche das Kraftstoffmaßnahmenpaket der Koalition beschlossen. Ziel ist es, die Preissprünge an den Tankstellen zu begrenzen, mehr Transparenz für Verbraucher zu schaffen und den Wettbewerb auf dem Kraftstoffmarkt wirksamer zu schützen.

Darüber hinaus stärkt das Gesetz das Kartellrecht. Das Bundeskartellamt soll künftig leichter gegen marktbeherrschende Unternehmen im Kraftstoffbereich vorgehen können, wenn es Hinweise auf unangemessen hohe Preise gibt. Bei auffällig starken Preissteigerungen sollen Unternehmen darlegen müssen, dass diese tatsächlich durch höhere Kosten verursacht worden sind. Damit wird es für die Kartellbehörden einfacher, gegen missbräuchliche Preisentwicklungen vorzugehen.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist der Nutzen unmittelbar erkennbar. Wer tanken muss, soll sich künftig besser auf ein nachvollziehbares Preisgefüge einstellen können. Gerade in Zeiten internationaler Krisen und volatiler Energiemärkte kommt es darauf an, dass Preisanstiege nicht zusätzlich durch intransparente Marktmechanismen verschärft werden. Das Gesetz setzt deshalb an einem Punkt an, den viele Menschen ganz konkret im Alltag spüren.

Mobilitätsdaten sollen verlässlicher und besser nutzbar werden

Bundestag verabschiedet neues Intelligente-Verkehrssysteme-Gesetz

Ob Navigations-App, Routenplaner, Echtzeit-Verkehrsmeldung oder Informationen zu Bus, Bahn und Ladesäulen: Moderne Mobilität funktioniert heute immer stärker auf der Grundlage verlässlicher digitaler Daten. Genau hier setzt das Intelligente-Verkehrssysteme-Gesetz an, das der Deutsche Bundestag in dieser Sitzungswoche beschlossen hat. Ziel ist es, Verkehrsdaten künftig zuverlässig über den sogenannten Nationalen Zugangspunkt digital bereitzustellen und damit die Grundlage für bessere und einheitlich nutzbare Informationsangebote zu schaffen.

Konkret geht es darum, dass wichtige Mobilitätsdaten künftig zentral verfügbar gemacht werden. Dazu gehören etwa Fahrplandaten, Verkehrsinformationen in Echtzeit, Standorte von Leihfahrrädern, aber auch Angaben zu Sperrungen, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Baustellen sowie Zufahrtsbedingungen von Brücken und Tunneln. Für Anbieter von Routenplanern und digitalen Mobilitätsdiensten bedeutet das: Sie können auf aktuelle und

verlässliche Daten der jeweils zuständigen Stelle zugreifen. Davon profitieren am Ende vor allem die Menschen, die im Alltag auf verständliche und funktionierende Verkehrsinfos angewiesen sind.

Auch für die Verkehrssicherheit und die Barrierefreiheit kann das Gesetz einen spürbaren Fortschritt bringen. Künftig sollen beispielsweise Warnungen vor Falschfahrern oder Gegenständen auf der Fahrbahn über den Nationalen Zugangspunkt verfügbar sein und auch grenzüberschreitend genutzt werden können. Hinzu kommen Informationen zur Auslastung bestimmter Plätze im öffentlichen Nahverkehr, die insbesondere für Menschen mit Behinderungen, Rollstuhl oder Rollator eine verlässlichere Reiseplanung ermöglichen sollen. Außerdem sieht das Gesetz vor, dass Informationen zu nutzbaren Ladesäulen für E-Autos leichter zugänglich gemacht werden.

Damit wird deutlich: Es geht nicht um eine abstrakte Digitalregelung, sondern um ganz konkrete Verbesserungen im Alltag. Wer unterwegs ist, soll Reisen besser planen können, zuverlässiger informiert werden und verschiedene Verkehrsmittel einfacher miteinander verbinden können. Zugleich soll der Zugang zu Mobilitätsdaten nicht nur großen internationalen Plattformen offenstehen. In der Anhörung des Verkehrsausschusses wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass offene und qualitätsgesicherte Daten auch kleineren europäischen Anbietern helfen können, eigene digitale Angebote zu entwickeln.

Für mich zeigt sich daran sehr deutlich: Eine moderne Verkehrspolitik braucht nicht nur gute Straßen, Schienen und Fahrzeuge, sondern auch verlässliche digitale Informationen. Wer Mobilität einfacher, sicherer und nutzerfreundlicher machen will, muss dafür sorgen, dass die notwendigen Daten vollständig, aktuell und praxistauglich verfügbar sind. Genau dazu kann dieses Gesetz einen wichtigen Beitrag leisten.

Schnellere Anerkennung ausländischer Qualifikationen in Heilberufen Weniger Bürokratie und kürzere Verfahren für dringend benötigte Fachkräfte im Gesundheitswesen

Gerade in Krankenhäusern, Arztpraxen, Apotheken und in der Geburtshilfe zeigt sich seit Jahren, wie dringend Fachkräfte gebraucht werden. Gleichzeitig dauern die Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsqualifikationen oft zu lange und sind mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Mit einem Gesetz der Bundesregierung hat der Bundestag in dieser Sitzungswoche beschlossen, die Verfahren für Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie Hebammen spürbar zu beschleunigen und zu vereinfachen.

Gerade in Krankenhäusern, Arztpraxen, Apotheken und in der Geburtshilfe zeigt sich seit Jahren, wie dringend Fachkräfte gebraucht werden. Gleichzeitig dauern die Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsqualifikationen oft zu lange und sind mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Mit einem Gesetz der Bundesregierung

hat der Bundestag in dieser Sitzungswoche beschlossen, die Verfahren für Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie Hebammen spürbar zu beschleunigen und zu vereinfachen.

Wichtig ist dabei: Schnellere Verfahren dürfen nicht zulasten der Qualität gehen. Auch in der Beratung des Gesetzentwurfs ist deutlich geworden, dass Patientensicherheit, verlässliche Sprachkenntnisse und eine sorgfältige Prüfung der fachlichen Qualifikation weiterhin oberste Priorität haben müssen. Genau darin liegt die eigentliche Herausforderung: Verfahren zu vereinfachen, ohne die hohen Standards im deutschen Gesundheitswesen abzusenken.

Für die Menschen im Alltag ist der Nutzen unmittelbar erkennbar. Wo qualifizierte Ärztinnen, Ärzte, Apotheker oder Hebammen schneller anerkannt werden, kann das helfen, Versorgungslücken zu verringern, Teams zu entlasten und Wartezeiten nicht weiter anwachsen zu lassen. Gerade in einem Gesundheitssystem, das vielerorts unter starkem Personal- und Zeitdruck steht, kommt es auf praxistaugliche und rechtssichere Lösungen an.

Für mich zeigt sich an diesem Vorhaben sehr deutlich: Wer den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen ernsthaft bekämpfen will, muss qualifizierten Menschen den Zugang zu ihrem Beruf erleichtern und zugleich die Sicherheit der Patientinnen und Patienten im Blick behalten. Genau darauf zielt das nun beschlossene Gesetz.

Fairer Datenzugang in Europa wird national durchsetzbar

Bundestag hat deutsches Durchführungsgesetz zum EU-Data-Act beschlossen

Ob vernetztes Auto, smarte Heizung, Fitnessuhr, Landmaschine oder Industriemaschine: Immer mehr Geräte erzeugen heute fortlaufend Daten. Diese Informationen liegen jedoch häufig in erster Linie beim Hersteller. Genau hier setzt der europäische Data Act an. Mit dem nun vom Bundestag beschlossenen deutschen Durchführungsgesetz wird der nationale Rahmen geschaffen, damit diese Regeln auch in Deutschland wirksam angewendet und durchgesetzt werden können.

Im Kern geht es darum, den Zugang zu Daten fairer zu regeln. Wer ein vernetztes Gerät nutzt, soll künftig besser nachvollziehen können, welche Daten dabei entstehen und unter welchen Voraussetzungen sie genutzt oder weitergegeben werden dürfen. Daraus können sich ganz praktische Vorteile ergeben: So soll etwa ein Autofahrer nicht allein auf den Hersteller angewiesen sein, sondern Daten mit seiner Zustimmung auch für Wartung, Reparatur oder zusätzliche digitale Dienste nutzen können. Ähnliches gilt für Maschinen in Handwerk, Landwirtschaft und Industrie, bei denen Betriebsdaten helfen können, Ausfälle frühzeitig zu erkennen, Wartungen gezielter zu planen und Kosten zu senken.

Für viele Unternehmen, insbesondere im Mittelstand und in der Industrie, ist das von erheblicher Bedeutung. Daten sind längst ein zentraler Faktor für Innovation, neue Geschäftsmodelle und effizientere Abläufe. Umso wichtiger ist es, klare und praxistaugliche

Regeln zu schaffen, die einerseits den Zugang zu Daten erleichtern und andererseits Rechtssicherheit, Datenschutz und faire Wettbewerbsbedingungen gewährleisten.

Das deutsche Gesetz ergänzt die europäischen Vorgaben deshalb vor allem um nationale Verfahrensregeln. So ist vorgesehen, die Bundesnetzagentur als zentrale Anlaufstelle für Durchführung, Aufsicht und Durchsetzung zu benennen. Sie soll unter anderem Beschwerden bearbeiten, Ermittlungen führen, Streitbeilegungsstellen zulassen und die Anwendung des neuen Rechtsrahmens koordinieren.

Für mich zeigt sich daran sehr deutlich: Digitale Technologien müssen den Menschen und Unternehmen konkret nutzen. Daten, die im Alltag oder im Betrieb entstehen, dürfen nicht nur wenigen Akteuren Vorteile verschaffen. Sie müssen so geregelt werden, dass Innovation möglich wird, fairer Wettbewerb gestärkt wird und die Nutzer selbst mehr Kontrolle erhalten.

Junge Berufstätige aus den USA möchten Deutschland entdecken – Gastgeber für US- Stipendiaten gesucht

Für das 43. Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) sucht die gemeinnützige Austauschorganisation Cultural Vistas gGmbH deutschlandweit engagierte Gastgeber für US-amerikanische Stipendiaten. Die Unterbringung ist für den Zeitraum von Oktober 2026 bis Juni 2027 vorgesehen. Das PPP ist ein gemeinsames Austauschprogramm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses und fördert seit 1983 den transatlantischen Dialog sowie die internationale Zusammenarbeit. Jährlich ermöglicht es jungen Berufstätigen aus beiden Ländern, ein Jahr im jeweiligen Partnerland zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Den US-Teilnehmern wird dabei ein voll finanziertes Austauschjahr in Deutschland ermöglicht. Sie sind zwischen 18 und 24 Jahre alt.

Ich würde mich freuen, wenn sich Familien aus meinem Wahlkreis für die Aufnahme eines Stipendiaten aus den USA begeistern. Ein solcher Austausch bereichert das Familienleben und ermöglicht einen intensiven interkulturellen Austausch. Gerade jetzt ist es wichtig, internationale Brücken zu stärken und den transatlantischen Dialog zu fördern.

Ein zentraler Bestandteil des Programms ist die Unterbringung bei Gastfamilien, in Wohngemeinschaften oder bei Einzelpersonen. Als Gastgeber kommen Familien, Paare, Alleinstehende oder auch WGs mit einem freien Zimmer und Interesse am internationalen Austausch infrage. Die Aufnahme ermöglicht den Stipendiaten Einblicke in den deutschen Alltag und fördert zugleich den persönlichen interkulturellen Austausch. Die Voraussetzungen sind bewusst niedrig gehalten: Entscheidend ist die Integration in den Alltag sowie eine gute Anbindung an eine Universität oder eine Praktikumsstelle, idealerweise innerhalb einer Stunde. Die Unterbringung wird finanziell bezuschusst, zudem erhalten Gastgeber eine angemessene Aufwandsentschädigung.

Interessierte können sich unverbindlich informieren und zum Online-Infoabend am 27. Mai 2026 von 19 bis 20 Uhr anmelden:

<https://culturalvistas.zoom.us/meeting/register/nvlpT1fyQo6qkW95Wx6vug#/registration>

Weitere Informationen und Kontaktformular:

<https://usa-ppp.de/gastfamilie-werden-formular/>

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de